

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

23.11.1921 (No. 274)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl Friedrich
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, Heide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbedingungswangweiser Beirteilung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsführung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Der Reichskanzler über die Reparation und Kreditaktion.

Im Steuerauschuß des Reichstages wurde gestern die Generaldebatte über die neuen Steuerentwürfe der Regierung fortgesetzt. Dabei führte Reichskanzler Dr. Brüning, dem Bericht der „Frankf. Ztg.“ zufolge, folgendes aus:

Die Reparationskommission ist nach Berlin gekommen, nicht etwa um das Problem der Reparationen oder etwa gar die ökonomischen Grundlagen für den in London aufgestellten Zahlungsplan mit uns zu erörtern oder mit uns über die Modalitäten der Zahlungen zu verhandeln, sie ist ausschließlich nach Berlin gekommen, um, wie ihr Herr Präsident mir selbst sagte, die Sicherheiten für die Zahlungen in Gold am 15. Januar und 15. Februar festzustellen und für ihren Zweck, soweit das möglich ist, etwa schriftlich festzulegen und um den alliierten Regierungen darüber Mitteilung machen zu können. Alle diejenigen — dazu zählen auch wir —, die gemeint haben, daß hier in Berlin der Augenblick gekommen sei, das große Problem der Reparation, das ein Weltwirtschaftsproblem ist, zu erörtern, sind enttäuscht.

Wir haben in mehreren Sitzungen mit der Reparationskommission sowie in Besprechungen gewiß die von mir bishin berührten Probleme angeprochen, es ist auch über die Möglichkeit wie über die Frage der Unmöglichkeit der Zahlungen des Jahres sowohl von meiner Seite wie von der Seite der Vertreter der Regierung mit den Mitgliedern der Reparationskommission in ganzen wie auch in einzelnen gesprochen worden. Die Frage eines Moratoriums, um das gleich vorne zu nehmen, war nicht zum Gegenstand einer offiziellen Diskussion gemacht worden; die Reparationskommission erklärte, nicht in der Lage zu sein, über ein solches Thema überhaupt mit uns zu verhandeln. Es ist auch nicht verhandelt worden über das Problem eines sogenannten bedingten Moratoriums, das etwa dann einzutreten hätte, wenn Januar- und Februarzahlungen getätigt wären. Ich fasse zusammen: Über die großen Fragen ist nicht verhandelt worden. Der Nachdruck liegt auf dem Wort „verhandelt“. Dazu war die Reparationskommission nach ihrer Erklärung gar nicht nach Berlin gekommen. Sie war bezüglich dieser Fragen — ich darf das noch ausdrücklich feststellen — ohne Instruktion.

Im Laufe der Verhandlungen mit der Reparationskommission hat sich herausgestellt, daß die gesamte Reparationskommission sowie auch die einzelnen alliierten Regierungen, die hinter den Mitgliedern der Reparationskommission stehen, mit außerordentlicher Sorgfalt, ich darf auch sagen, mit außerordentlichen Soffnungen, der Kreditaktion der deutschen Industrie und den Verhandlungen der Industrie mit der deutschen Regierung gefolgt sind. Mehr als einmal — ja, ich darf wohl sagen, das war der Kern unserer gesamten Besprechungen — ist von der Reparationskommission der Wunsch an mich herangetreten, nun Definitives über den Stand dieser Kreditaktion zu erfahren. Der Reichskanzler machte dann Mitteilung davon, daß auf die Reparationskommission die Erklärung, eine positive Äußerung über die erwartete Kredithilfe der Industrie könne noch nicht gegeben werden, außerordentlich verstimmt und enttäuschend gewirkt habe. Die Reparationskommission habe zunächst ihre Abreise in Erwägung gezogen, sich aber dann entschlossen, die Besprechungen in Berlin weiter zu führen, in der Hoffnung, daß die Verhandlungen des Reichskanzlers mit der Industrie doch wenigstens einige Anhaltspunkte für einen Erfolg geben würden.

Ich habe Ihnen dies mit der Absicht mitgeteilt, fuhr der Reichskanzler fort, um Sie aufmerksam zu machen auf die große Tragweite, die die Reparationskommission und ihre Mitglieder der Aktion des Reichsverbandes der Industrie beilegen. Es liegen also zwei Dinge parallel in einer und derselben Woche: 1. die Verhandlungen mit der Reparationskommission und 2. die Kreditaktion, wie sie von der Industrie angeregt worden ist. Ich darf zunächst feststellen, wie weit die Sache mit der Industrie selbst geht. Sie sind ja unterrichtet über die Resolution des Reichsverbandes, wie sie i. Zt. in München auf der Generalversammlung angenommen worden ist. Im Verfolge jener Resolution hat der Reichsverband der Industrie offizielle Erklärungen zu der Kreditaktion und zu den sogenannten Bedingungen uns überreicht. Ich habe i. Zt. jene mündlichen Darlegungen des Herrn Präsidenten Sorge der Öffentlichkeit im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler Sorge zugehen lassen. Es sind die Vertiefungen der Bedingungen, wie sie ja auch durch die Presse bekannt geworden sind. Ich will auf diese Bedingungen und auf die damit zusammenhängenden Fragen jetzt nicht eingehen. Wir werden Gelegenheit haben, in wenigen Tagen in einer Erklärung der Regierung dazu Stellung zu nehmen. Es ist ganz klar, daß die Bedingungen, die die deutsche Industrie für die Kreditaktion aufgestellt hat, die Aufstellung des schwersten Problems bedeuten. Sie etwa hier abzuhandeln mit der Bemerkung, das sind politische Unmöglichkeiten, darauf können wir nicht eingehen, damit sind diese Probleme nicht erledigt. Die Reichsregierung beabsichtigt, Ihnen in einer positiven Darstellung die unvermeidlich notwendigen Maßnahmen in kürzester Frist mitzuteilen; ich nehme an, daß das spätestens Anfang nächster Woche sein wird, sei es hier im Steuerauschuß oder aber, was mir vorzuziehen wäre, um darüber auch, was nicht zu vermeiden sein wird, eine Debatte herbeizuführen, in der Klarung. Wir werden unverzüglich — die Arbeiten sind dafür begonnen — die positive Antwort im Sinne unserer Verhandlungsabsichten Ihnen dazusetzen.

Ich käme zur Aktion der Industrie selbst zurück. Die Regierung hat Wert darauf gelegt, in dieser Kreditaktion nicht etwa nur die Industrie allein für sich isoliert arbeiten zu lassen, sie war auch bestrebt, diese Kreditaktion nach zwei Seiten hin zu fördern, einmal nach der Seite hin, die gewisse Wärg-

schaften übernehmen soll, sofern von der Geldgeberseite solche verlangt werden. Die Regierung hat auch Schritte getan, um bei fremden Geldgebern, insbesondere in England, zu sondieren, wie sich der Weltmarkt etwa verhalten würde bei der Aufnahme eines langfristigen Kredites. Die Sondierungen u. Besprechungen nach dieser Richtung hin sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Wir hatten von der Regierung aus — und wie ich höre, war dies auch bei den Vertretern der Industrie und der Bankwelt der Fall — Gelegenheit, mit hervorragenden Bankleuten von England und Amerika und von anderen Ländern Fühlung zu nehmen. Es sind auch Schritte unternommen worden, die Frage nach der Geldgeberseite hin zu klären. Es ist ganz klar, daß die Reparationskommission von diesen Bemühungen ebenfalls Kenntnis gehabt hat. Wenigstens bin ich darüber unterrichtet, daß der ober jener Finanzmann, der sich für diese Frage interessiert und der insbesondere vom Standpunkt der Londoner City aus wie vom Standpunkt der Weltwirtschaft und des Weltmarktes zu urteilen geneigt ist, durchaus geneigt war, solchen Fragen nahe zu treten. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Mitglieder der Reparationskommission auch als Vertreter der Alliierten sich mit dem größten Eifer mit der Aktion beschäftigt haben.

Wir sind nun, nachdem die ersten Bedingungen der Industrie bekannt geworden waren, selbstverständlich mit steigendem Interesse den Besprechungen innerhalb des Reichsverbandes der Industrie gefolgt. Ich will heute jedes Wort der Polemik vermeiden, da die Besprechungen nach dieser Richtung hin noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Allein das darf ich schon heute hinzufügen: diejenigen, die das Betonen und Betreiben der Bedingungen als für eine Kreditaktion erleichternd in der Welt angesehen haben werden, wenn sie sich danach erkundigen, schmerzlich enttäuscht sein. Jedenfalls hat das Zurücktreten des Kerns der Aktion, nämlich der Bereitwilligkeit, für die Kreditaktion gerade einzustehen, durch die Forderungen nach Freiwirtschaft usw., dieser negative Charakter gegenüber dem positiven Kern der Aktion bei den Alliierten, insbesondere bei der Reparationskommission, sehr verstimmt und verwirrend gewirkt. (Hört! Hört!)

Es ist auch nicht verwunderlich, wenn wir das Positive des Reparationsproblems wieder in den Vordergrund stellen. Ich will bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen, daß bei der Sondierung von unserer Seite auf den fremden Geldmärkten wie bei den Sondierungen der Industrie sich die Frage des langfristigen Kredites aufs engste verknüpft mit der Frage der Washingtoner Konferenz erweist und daß trotz gewisser Bereitwilligkeitserklärungen ernsthafte Aussichten für eine langfristige Kreditaktion auf den Weltmärkten erst dann sich eröffnen, wenn die Washingtoner Atmosphäre sich etwas gehärtet haben wird. Es ist ganz klar, daß in Washington wegen des Gebankens der Abrüstung eine weitgehende Vertiefung der vorhandenen freien Gelder, die nicht sehr groß sind, würden auf dem Weltmarkt nicht zugunsten von Reparationszwecken verwendet werden können, sondern in den großen Abgrund des Weltkredits rutschen. Solange also die Washingtoner Atmosphäre sich nicht gehärtet hat, ist an eine Aktion auf lange Sicht in großem Maße zu denken. Die Bereitwilligkeit aber, mit uns über dieses Problem zu verhandeln, ist zur Stunde immer noch vorhanden und ich würde, wenn in Washington eine gewisse Klärung möglich wäre, einer Kreditaktion auf lange Sicht durchaus mit einer gewissen Zuversicht entgegenzusehen.

Die Frage, wie die Reparationskommission sie weiter behandelt, verweist sich also zu folgender Frage: Ist die Reichsregierung und die Industrie bereit, eine Kreditaktion auch dann anzunehmen, wenn es sich nicht um einen langfristigen Kredit handelt? Man braucht dabei nicht gleich das andere Extrem, einen kurzfristigen Kredit, ins Auge zu fassen. Wir kennen ja die Wirkung kurzfristiger Kredite, wir haben sie bei der Abdeckung der Verpflichtungen von einer Milliarde zur Genüge kennen gelernt. Ich will darüber ganz offen sprechen. Die Wirkung jedes kurzfristigen Kredites ist absolut klar, aber die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge in der Welt ist leider nicht zu fördern durch theoretische Erwägungen, sondern ist nur auf dem feineren Wege, durch Vorwärtstretens auch über die größten Hindernisse, zu erreichen. Und wenn ich rückwärts blickend diese Frage, ob es falsch war, daß wir 20 Millionen Mark Kredit aufgenommen haben, so bin ich heute der Überzeugung, daß jeder Kredit gerade auf ernsthafte Seite die Erkenntnis der weltwirtschaftlichen Forderungen des Ultimatus weitgehend vertieft hat. Trotz des schweren Opfers halte ich jene Abdeckung durch einen kurzfristigen Kredit, rückwärts blickend, für eine absolute Notwendigkeit.

Aber vorwärtsblickend ist die Frage nun sehr ernst, ob wir uns, sowohl durch die Regierung oder auch durch den Reichsverband der Industrie, auf eine weitere solche Kreditaktion einlassen können; darüber ein ganz offenes Wort! Es ist ganz klar, daß, wenn wir zur Abdeckung der Januar- und Februarzahlungen, sofern sie in Gold gegahlt werden müßten, einen Kredit für nur wenige Wochen oder auch nur für 2 oder 3 Monate aufnehmen müßten, ein solcher Kredit für unsere Währung absolut ruiniös sein würde. Dieser Weg eines kurzfristigen Kredites kann also nach der großen Katastrophe für unsere Welt nicht beschritten werden. Wenn ein Kredit in dieser Richtung nötig ist, so muß er so beschaffen sein: er muß so viele Monate umfassen, daß die deutsche Industrie in der Lage ist, ihn, sofern sie gewisse Engagements eingibt, abzutragen. Ich bin völlig überzeugt, daß ein Kredit von nur wenigen Wochen oder auch wenigen Monaten nichts bedeutet, im Gegenteil, daß er nur den Ruin schafft. Diese Auffassung ist auch bei der Reparationskommission vorherrschend, wie auch diese Erkenntnis in England, soweit wir unterrichtet sind, allgemein ist.

Die gesamte Frage vertieft sich also dahin: Wird die Reichsregierung es erreichen durch Besprechungen in London und auf andern Weltmärkten einen Kredit so zu beschaffen, daß er sich in einer gewissen Zeit von Monaten und unter Be-

rücksichtigung der Gesamtlage abdecken läßt? Verhandlungen in dieser Richtung sind aufgenommen; ob sie Erfolg versprechen, kann ich jetzt nicht bestimmt sagen, ausichtslos sind sie nicht. Ich bin auch darüber mit dem Reichsverband der Industrie in Verbindung getreten. Gerade die noch im Gange befindlichen Besprechungen führen dazu, dieses Problem auch heute mit einer gewissen Zurückhaltung zu behandeln. Es tritt also augenblicklich für die Regierung selbst das Problem einer Kreditaktion auf lange Sicht mit Rücksicht auf die Washingtoner Konferenz in den Hintergrund. Die Industrie ist, wie sie mitteilt, entschlossen, das Problem der Kreditaktion auf lange Sicht ernsthaft weiter zu fördern. Sie denkt auch an die Möglichkeit, unter Förderung der Kreditaktion auf lange Sicht vielleicht einen Vorstoß zu erhalten, der zur Abdeckung der Januar- und Februarverpflichtungen herangezogen werden könnte. Die Industrie hat mir noch besonders die Mitteilung zutommen lassen, es werde unverzüglich durch geeignete Unterhändler festgesetzt werden, ob und auf Grund welcher Bedingungen der Abschluß einer langfristigen Anleihe möglich sein werde.

Ich sehe also den Entscheidungen und Besprechungen der nächsten Tage mit größter Spannung entgegen. Wir wollen diese Verhandlungen über die Aufnahme eines Kredites — und sei es eines langfristigen Kredites und Vorschusses — gemeinsam mit der Industrie führen. Es wird wohl nicht angehen, daß die Reichsregierung und die Industrie, jede für sich, in Aktion treten. Ich nehme auch an, daß beide Teile — für unsern Teil habe ich es ausgesprochen: von der Gegenseite habe ich es mündlich bestätigt bekommen — bereit sind, in einer gemeinsamen Kommission, die die Verhandlungsführer bestimmt, die Aktion in den nächsten Tagen fortzuführen. Ich weiß, daß die Industrie ihre Bedingungen und Voraussetzungen auch heute nicht hat fallen lassen (hört! hört!), im Gegenteil: sie sind wiederholt worden. Ich erkläre Ihnen aber hier, daß ich nicht in der Lage bin, die Probleme der Kreditaktion mit den übrigen Problemen zu verbinden. Das sind Probleme für sich, und die Reichsregierung wird ihren Weg gehen, wenn die Industrie nicht folgen sollte; ich nehme aber an, daß sie neben uns marschieren wird. Es ist der Weg eines Kredites, wenn auch auf lange Sicht, so doch eines solchen, der nach aller menschlichen Voraussicht eine ökonomische Basis zuläßt. Die Regierung wird damit die Politik fortsetzen, die sie bisher getrieben hat.

Abg. Herr (Unabh.) wünschte gegenüber irreführenden Feststellungen in der Öffentlichkeit zu erfahren, von wem die ersten Anregungen zur Kreditaktion ausgegangen seien, von der Regierung oder von der Industrie. Die Londoner Reise von Stinnes sei ein sehr gefährliches Beginnen, denn Stinnes sei der Vater der die Kreditaktion erschwerenden Bedingungen und habe die Kreditaktion herabzuwürdigen bereitet. Die Absicht von Stinnes gehe dahin, in allen Wirtschaftsfragen die staatliche Autorität beiseite zu schieben und die alleinige Herrschaft der Industrie an die Stelle der Staatsautorität zu setzen. Unsere Wirtschaftspolitik sei nicht hartam genug in der Verwendung von Devisen gewesen. Kästlich seien auch die vielen deutschen Guthaben im Ausland. Woher stammten sie und warum ergreife die Reichsregierung keine Maßnahmen zur Erfassung dieser Werte? Von der Geldentwertung würden nur die minderbemittelten Bevölkerungsschichten getroffen. Wir müßten entschiedene Maßnahmen treffen, um zu verhindern, daß die innere Kaufkraft der Mark auf das tiefe Niveau der Mark im Ausland sinkt. Der Redner kritisierte dann im einzelnen die Steuerentwürfe der Regierung als völlig unzureichend. Die Notenpresse müsse stillgelegt werden, um die drohende Annäherung der Preise an die Weltmarktpreise zu verhindern.

Abg. Dr. Hugo (D. Vdt.) betonte, daß die Ausfuhr jetzt nicht in dem Verhältnis gestiegen sei, wie bei den sonstigen Rückgängen des Marktkurses. Die deutsche Wirtschaft sei nach außen hin keinesfalls so konkurrenzfähig, wie es für den flüchtigen Beobachter den Anschein habe. Der technische und ökonomische Ausbau der amerikanischen Industrie schalte nach dem Urteil großer deutscher Industrieller, die sich in Amerika persönlich orientiert hätten, die deutsche Industrie ohne große Schwierigkeiten aus. Vertretern der deutschen Gewerkschaften sollte von der Regierung die Gelegenheit gegeben werden, sich in Amerika umzusehen. Durch Besteuerung der Sachwerte werde an der deutschen Wirtschaft ein so gefährlicher Überlast vorgenommen, daß er vielleicht tödlich wirken könne. Ein Ausgleich zwischen Preisen und Gehältern sei sehr wünschenswert. Bitte aber in Wirklichkeit erst dann eintreten, wenn wir zu durchsichtigen Verhältnissen gekommen seien. Bei Konfiszierung von einem Fünftel der Sachwerte sei an eine Kreditaktion nicht zu denken. Deutschland würde zur Konkurrenzunfähigkeit verurteilt werden. Eine Exportabgabe von 20 bis 25 Prozent des Wertes, wie sie Müller-Julda in der „Germania“ gefordert habe, sei ganz unmöglich, weil sie unseren Export geradezu ruinieren würde. Ebenwenig sei es möglich, den Verkauf nur in ausländischer Valuta zuzulassen.

Abg. Dr. Spohn (Zentr.) trat den Ausführungen des Abg. Dr. Herr (Unabh.) entgegen, dessen Projekte er als zu weitgehend bezeichnete. Der Redner richtete verschiedene Fragen hinsichtlich der Aufstellung des Etats an die Regierung. Die wichtigste Aufgabe sei die rasche Ordnung der Finanzen, eine ausführliche allgemeine Debatte aber sei zwecklos. Ein Gesamtüberblick darüber, wie die Steuern zusammenkommen, sei ohnehin erst nach Abschluß der Ausführungen möglich. Was die Verhandlungen mit der Reparationskommission anlangt, so sei es im Verlaufe der Verhandlungen, daß sich unsere Leistungen in den Grenzen des Möglichen halten sollten und daß uns zu unserer Lebenshaltung und zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens das Notwendige berechnen solle. Seien die Schwierigkeiten so groß, daß wir schon jetzt unsere Leistungsunfähigkeit erklären müßten? Bei aller Anerkennung der großen Schwierigkeiten glaube der Redner doch diese Frage verneinen zu müssen. Zum Schluß

fragte der Redner noch, wie es um die Behauptung Briands stehe, daß durch das Londoner Ultimatum der Artikel 234 des Versailler Vertrages erledigt sei.

Reichskanzler Dr. Brüning, der noch einmal das Wort ergriff, warnte davor, wie es in der Presse der Rechten vielfach geschehe, eine Katastrophe von heute auf morgen anzukündigen und die Frage der Reparationen auf die Spitze zu treiben. In allen Privatgesprächen mit Mitgliedern der Reparationskommission sei die Ansicht von der Prosperität der deutschen Wirtschaft und der deutschen Industrie zutage getreten. Ein Mitglied der Reparationskommission habe erklärt, es müsse für die deutsche Industrie ein Leichtes sein, durch ihre Guthaben im Ausland den fraglichen Betrag von 500 bis 600 Millionen Goldmark sofort zu entrichten. Er, der Kanzler, habe demgegenüber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, diese Guthaben festzustellen. Die Finanzämter seien dazu nicht in der Lage. Die Kreditaktion habe, wie die Welt die wirtschaftliche Lage Deutschlands nun einmal ansehe, eine ungeheure politische Bedeutung. Was die Verhandlungen mit der Industrie über die Kreditaktion betreffe, so habe er sich der Industrie gegenüber für die Fortführung der Politik der Leistungen ausgesprochen und angeregt, daß die Industrie durch eine freiwillige Tat einen Kredit zur Verfügung stelle. Nur ein solches sicheres Opfer könne seiner Auffassung nach auch zur Beruhigung der innerpolitischen Lage beitragen. Die Industrie sei dieser Anregung entgegengekommen und habe sich zuerst in München ohne Bedingungen auf einer solchen Aktion bereit erklärt. Von einer Indiskretion könne bei dieser Angelegenheit nicht geredet werden, da die Aktion u. a. auch im Reichswirtschaftsrat in einem großen Gremium zur Sprache gekommen sei. Die Reise von Stinnes nach London sei die Reise einer Privatperson, auf die die Reichsregierung natürlich keinen Einfluß habe. Allerdings habe Stinnes der Reichsregierung von seiner Reise vorher Mitteilung gemacht. Die Fühlungnahme führender wirtschaftlicher Kreise mit dem Ausland sei sehr zu begrüßen und er wünsche, daß immer weitere Kreise des deutschen Wirtschaftslebens, insbesondere auch die Gewerkschaftsführer, die Banken usw. hierzu Gelegenheit nehmen.

Was die Beratung der Steuervorlagen betreffe, so werde man um die Erhöhung gewisser indirekter Steuern nicht herumkommen. Nach Abschluß der Einzelberatungen in den Ausschüssen werde man an die Frage des steuerlichen Ausgleichs herangehen müssen. Zunächst sei eine Klärung nach der Geldgeberseite dringlich geboten. Deshalb müßten die Ausschüsse sofort in die Einzelberatungen eintreten. Die von dem Abgeordneten Hugo erwähnten Vorschläge des Abgeordneten Müller-Julda bezüglich einer Exportabgabe seien sehr ernst zu nehmen; sie seien von einem Manne ausgegangen dem das industrielle Leben sehr vertraut sei. Der Kanzler sprach schließlich die Hoffnung aus, daß der große Tag einer weltwirtschaftlichen Aussprache einmal kommen werde.

Reichsminister Dr. Vermeß gab dann nähere Auskünfte auf einige Fragen, die wegen des laufenden und des kommenden Etats gestellt worden waren. — Zum Schluß sprach Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.).

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde auf Anregung des demokratischen Abg. Radnide beschlossen, daß die beiden Steuerauslässe der 11. und der 12. Ausschuß, zunächst die einzelnen Steuervorlagen in Beratung nehmen sollen, bis vierteljährlich in der nächsten Woche die beiden Ausschüsse wieder vereint zur Beratung zusammentreten können. Weiterberatung heute.

Politische Neuigkeiten.

Die Rede Briands.

Aus der Rede Briands auf der Konferenz in Washington, über deren ersten Teil schon berichtet wurde, tragen wir in teilsweiser Wiederholung des bereits mitgeteilten Anfangs noch folgendes nach:

Keiner dürfe sich über den Staatsstreik Kapps täuschen. Wäre es gelungen, dann wäre das alte Deutschland wieder entstanden. Generalfeldmarschall Ludendorff habe soeben ein Werk veröffentlicht. Er habe eine große Autorität und er sei der Inspirator der großen Partei der Professoren, Philosophen und Schriftsteller. Was lese man in diesem Buche? Es sei vorkriegsdis. so heißt es, daß wir verstehen lernten, daß wir in kriegerischen Zeitaltern lebten. Der Kampf sei immer die Regel für ein höheres Individuum, sowie für den Staat. Ludendorff gebrauche auch noch das schreckliche Wort von Molte, der ertige Friede sei ein Traum und nicht einmal ein schöner. Der Krieg sei ein Teil der von Gott geschaffenen Weltordnung. Ohne den Krieg würde die Welt in den Sumpf des Materialismus geraten. Etwas weiter schreibt Ludendorff, auch in Zukunft werde der Krieg das letzte und entscheidende Mittel in der Politik sein. Endlich gebe es auch kriegerische Eigenschaften, von denen das deutsche Volk bei den blutigen Zwischenfällen Gebrauch gemacht hätte. Das sei das deutsche Volk, das in einem blutigen Krieg Millionen Menschen unter die Erde gebracht habe, so lehre man vor den Toren Frankreichs! Wie wolle man also, daß Frankreich sich desinteressiere? Briand sprach dann von der materiellen Seite der Dinge. Er gab zu, daß es für ein Volk nicht genüge, schlechte Absichten zu haben, um sie zu realisieren. Im modernen Krieg müsse man ungeheure Effektivbestände mit ihren Cadres haben, ebenso beträchtliches Kriegsmaterial. Man dürfe den Wert des deutschen Soldaten nicht unterschätzen. Die französischen Soldaten wählten, mit welchem Heldennut diese Soldaten fähig seien zu kämpfen. Viele Millionen, die aus dem Kriege hervorgegangen seien, seien vorhanden. Sie seien zwar nicht in Regimenten eingeteilt, aber es sei möglich, sie morgen zu mobilisieren. Als Cadres bezeichnete Briand die deutschen Polizeikräfte und die Reichswehr. Die Reichswehr habe aus 100 000 Mann, aber aus solchen Männern, die fast alle aus Unteroffiziere und Offiziere in der alten Armee gestanden hätten; sie stelle also die möglichen Cadres für das Heer von morgen dar. Diese Armee, beschäftige sie sich, wie der Friedensvertrag sie verpflichte, einzeln und allein mit den Funktionen der Polizei? In den geheimen Instruktionen des Kriegsministeriums werde die Ausbildung für das Heer vorausgesetzt. Aber noch mehr: Seit dem Kriege habe Deutschland Einwohnerwehren in einer solchen Zahl und mit einer solchen Bewaffnung unterhalten, daß es des Ultimatums von London bedürftig habe, um sie aufzulösen. Der bayerische Ministerpräsident habe jüngst sagen können, daß er eine Armee von 300 000 Mann zur Verfügung habe, die mit ausreichendem Kriegsmaterial versehen sei. Allerdings seien diese Wehren jetzt aufgelöst. An der Spitze der Reichsregierung befände sich ein Mann, den er für aufrichtig und loyal halte: das sei Dr. Brüning. Seine Anstrengungen, die unterzeichneten Verpflichtungen zu erfüllen, seien verdienstlich, aber es handle sich um eine schwache Regierung. Frankreich werde alles tun, um ihre Aufgabe zu erleichtern.

Briand sprach sodann von der Sicherheitspolizei, die aus 150 000 Mann bestehe, fast ausschließlich zusammengesetzt aus Berufsoffizieren. Man habe ihre Auflösung verlangt, aber so-

fort sei mit denselben Kadres die Schutzpolizei gebildet worden. Deutschland habe also insgesamt 260 000 Mann zur Verfügung. Deutschland könne also jeden Tag den Krieg aufs neue beginnen. Aber noch mehr! Diese sieben Millionen Mann, die ins Zivilleben zurückgekehrt seien, seien in Organisationen oder Vereinen ehemaliger Kriegsteilnehmer zusammengesetzt, die sich bei jeder Gelegenheit zu Festen u. Jahrestagen versammelten. Die Franzosen wüßten das alles. Als die oberste französische Angelegenheit einen bedrohlichen Charakter angenommen habe, habe sich in wenigen Tagen ein Freiwilligenkorps von 40 000 Mann mit Gewehren, Maschinengewehren, Kanonen und Panzergeräten gebildet. Das sei eine nachgeprüfte Tatsache.

Briand erklärte, er wende sich an das große amerikanische Volk, das so sehr für die Gerechtigkeit eingenommen sei, und sage ihm: Nimm an, Du habest eine Nation an Deiner Seite, die im Laufe ihrer Geschichte mehr blutige Konflikte gehabt hat als andere und die auf ihren Absichten beharrt. Was würdest Du tun? Würdest Du Deine Augen vor einer solchen Gefahr verschließen? Würdest Du, wenn Du Dein Leben retten willst, Dich schwächen? (In diesem Augenblick gab General Pershing das Zeichen zum Weisfall.)

Briand fuhr fort: Nun sage man, so siege die Gefahr nicht, denn Deutschland habe kein Material mehr. Gewiß, die Kontrollkommission habe vieles getan. Man habe aber während des Krieges gesehen, in welcher Geschwindigkeit ungeheure Heere gebildet und mit Material ausgerüstet worden seien. Deutschland habe eine große Industrie und seine Industrie habe während des Krieges voll gearbeitet und sich selbst noch entwickelt. In Deutschland sei noch alles vorhanden, um Kanonen, Maschinengewehre und Gewehre zu fabrizieren. Während einer gespannten diplomatischen Lage, die man nach Wunsch um einige Wochen verlängern könnte, könnten alle diese Fabriken sich wieder in Stand setzen und Kriegsmaterial herstellen. Man könne auch Kriegsmaterial im Ausland kaufen. Ein Schiff könne man nicht ohne Kenntnis der Welt auf einer Werft herstellen, aber Flinten, Mitrailleusen und Kanonen über ganz Deutschland verteilen. Wer könne das kontrollieren? Briand erinnerte schließlich an die napoleonische Zeit.

Von amerikanischen Mitgliedern der Konferenz wird unbehohlen erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten erwarte, Deutschland werde auf die in der Rede Briands enthaltene Herausforderung und Anweisung seines guten Willens antworten, die Briand in wohl abgemessener, feierlicher Erklärung ausgesprochen habe. Man erwarte, daß Deutschland, und zwar die deutsche Regierung und das deutsche Volk, erneut ihren Willen zur Erfüllung der durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen bis zur äußersten Grenze des Möglichen und ihren Willen zur Stellung von weitestgehenden Garantien kundgeben werde.

Briands Rede hatte für den Augenblick einen sehr starken Erfolg, rief aber keinen Enthusiasmus hervor, und die Wiederholung der alten Argumente hat auf die berufenen Politiker ermüdend gewirkt, wenn dies auch in den Antworten nicht unmittelbar zum Ausdruck kommt. Die amerikanischen und englischen Redner haben Frankreich allerdings beruhigende Versicherungen wegen der angeblich befürchteten moralischen Isolierung gegeben. Keiner der Redner hat aber erklärt, ob er durch Briands Rede überzeugt sei. Die von den Entente-Staatsmännern abgegebenen Solidaritätserklärungen sollen, wie auch von einem angesehenen britischen Delegierten bestätigt wurde, auf Deutschland wirken.

In der Rede von Hughes befanden sich einige Sätze, die als verschleierte Einladung an Deutschland gelten, den deutschen Standpunkt selbst zu vertreten. Die britische Delegation würde einer späteren Teilnahme Deutschlands keine Hindernisse in der Hand legen. Ihre Mitglieder erklärten aber, daß die Initiative von den Vereinigten Staaten ausgehen müsse, weil man Protest von französischer Seite befürchte. Eine formelle Einladung ist daher unannehmlich. Es wird bereits davon gesprochen, daß, wenn Deutschland seine Sache vor der Welt und der Konferenz selbst vertritt, die Verhandlungen sich mehr als bisher um die Abrüstung zu Lande drehen würden. Die Rede von Hughes wird hier dahin ausgelegt, daß die Konferenz auch versuchen soll, europäische Fragen zu erledigen.

Staatssekretär Hughes erklärte, die Vereinigten Staaten erkennen voll auf die Lage Frankreichs. Es herrsche in Amerika eine unerbittliche Erinnerung an Frankreichs Opfer für die Freiheit. Für die Verteidigung von Freiheit und Gerechtigkeit gebe es keine moralische Isolierung. Die Vereinigten Staaten verständen die Schwierigkeiten Frankreichs und das, was Briand gesagt habe. Man könne nicht in Einzelheiten eingehen. Glücklicherweise sei die Konferenz so organisiert, daß jede Frage in den Erörterungen der Konferenz einen Platz einnehmen würde. Die Ansichten, denen von den Vertretern der Mächte Ausdruck gegeben worden sei, berechtigen zu der Überzeugung, daß jede Bestimmung erzwungen werden würde, die für die nationale Sicherheit besorgt sei. Man werde auch finden, daß wenn der Friede von den Völkern der Welt herbeigeführt werde, er dauernd sein werde.

Nachdem die Vollkonferenz sich vertagt hatte, fand eine Sonderkonferenz statt, an der Hughes, Admiral Cogh, Kontradmiral Pratt, Admiral Kato und Balfour teilnahmen.

Japan und China.

Aber die Arbeiten der Abrüstungskonferenz wurde am Samstag folgendes offizielle Communiqué veröffentlicht: Der Ausschuss für den Stillen Ozean und den Fernen Osten hat gestern eine zweite Sitzung abgehalten. Admiral Kato gab dabei folgende Erklärung ab:

1. Es erhebt der japanischen Delegation, daß die in China bestehenden Schwierigkeiten nicht geringer in seiner inneren als in seiner äußeren Lage sind. Wir wünschen den Frieden und die Einigkeit sobald als möglich wieder hergestellt zu sehen. Wir wollen jedes Vorgehen vermeiden, das als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas ausgelegt werden kann. Alles, was diese Konferenz tun kann, wäre — so scheint uns — die auswärtigen Beziehungen Chinas zu regeln und den Chinesen die Aufgabe zu überlassen, ihre inneren Angelegenheiten zu regeln.

2. Die japanische Delegation will der chinesischen Delegation und der ganzen Konferenz versichern, daß der Wunsch Japans dahin geht, die besten Beziehungen mit China zu unterhalten. Wir stimmen bedingungs- und vorbehaltlos dem Grundgedanken der offenen Tür und den gleichen Bedingungen für alle zum Handel in China zu. Was die Frage der Territorialität betrifft, die vielleicht der wichtigste Punkt in den Vorschlägen der chinesischen Delegation ist, so beabsichtigen wir, unsere Bemühungen mit denen der anderen Mächte zu vereinen, um zu versuchen, zu einem gerechten und zufriedenstellenden Abkommen für alle Parteien zu kommen.

Die Transportarbeiter gegen den Krieg.

In einer vom Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam einberufenen internationalen Konferenz von Vertretern der internationalen Berufssekretariate der Transport-, Berg- und Metallarbeiter wurden Entschlüsse

genommen, die zur Bekämpfung des Kapitalismus und des Militarismus aufrufen u. zur Propaganda für die allgemeine Abrüstung auffordern. Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder, sich zusammenzuschließen, um im Falle drohender Kriegsgefahr durch sofortige Verkündung des Generalstreiks den Ausbruch des Krieges zu verhindern; in erster Linie sei dies Pflicht der Arbeiter der Transportbetriebe, des Bergbaus und der Metallindustrie.

Kurze polit. Nachrichten.

* Die Pländerungen in Berlin. Vorgestern abend gegen 10 Uhr schlug ein Haufen von rund 500 Personen, die aus einer Versammlung der kommunistischen Partei kamen, in Neukölln die Schaufenster eines Schuhgeschäftes und einer Kolonialwarenhandlung ein und raubte die dort aufgestellten Waren. Die alarmierte Schutzpolizei konnte die Täter nicht mehr erwischen und mußte sich darauf beschränken, die Menge zu zerstreuen. Neue Ansammlungen wurden von ihr im Entschleun verhindert, worauf wieder Ruhe eintrat.

* Lieferstreik des Kartoffelgroßhändlerverbandes. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ aus Stettin meldet, ist die Drohung des Kartoffelgroßhändlerverbandes, bei Fortdauer der Beschlagnahmen und Einleitung von Strafverfahren gegen den legitimen Kartoffelgroßhandel die Verladung der Kartoffeln einzustellen, nun zur Durchführung gekommen. Seit gestern werden in ganz Pommern keine Kartoffeln mehr verladen.

* Eine Kundgebung deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Aus Anlaß seiner Hauptversammlung hat der Verein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens eine Kundgebung veranstaltet mit dem Motto: „Im Kampf um unser Vaterland“. Dabei wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Von der treuen und fruchtigen Erfüllung klar erkannter vaterländischer Pflichten werden wir uns weder durch wörtliche Verleumdungen noch durch antisemitische Drohungen oder Beschimpfungen abdrängen lassen. In dem uns aufzuzwingenden Abwehrkampf um unser Recht und unsere Ehre sehen wir eine wertvolle und notwendige Leistung zugleich für unser deutsches Vaterland, dessen Wiederaufrichtung der Mitarbeit aller seiner Bürger bedarf.“

* Die Unruhen in Indien. Einer Erbschafts-Weidung aus Bombay zufolge hat sich dort die Lage verschlimmert. Die Verluste an Toten haben zugenommen. Frauen und Kinder bleiben von Mißhandlungen nicht verschont.

Die Verhinderung des Auskaufs durch Ausländer.

* In der Sitzung des Landtags vom 22. November wurde seitens des Ministeriums des Innern auf die diesbezügliche Anfrage des Abg. Schön folgende allgemeine interessierende Antwort erteilt:

Die vor einiger Zeit eingehende außerordentliche Minderbewertung der deutschen Mark hat zu den tiefbedauerlichen Ergebnissen geführt, die man unter der Bezeichnung „Ausverkauf Deutschlands“ zusammenzufassen pflegt.

Als Mittel gegen diesen drohenden Ausverkauf kam zunächst die Einschränkung der Ausfuhrmöglichkeit in Frage. Diese Angelegenheit gehört grundsätzlich zur Zuständigkeit des Reiches. Das Ministerium des Innern trat aber trotzdem schon Anfang Oktober mit den Beauftragten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung und dem Landesfinanzamt hierwegen in Verhandlungen ein. In deren Verlauf wies der Beauftragte des Reichskommissars unterm 7. Oktober 1921 alle den Geschäften an der Grenze erteilten Sammelausfuhrbewilligungen sowie unterm 9. Oktober die schon seit Frühjahr 1921 bestehende Befugnis der Zollstellen, die Ausfuhr gewisser Waren ohne Ausfuhrbewilligung zuzulassen, die dort nach im Keinen Grenzverkehr diese Waren des täglichen Bedarfs nur noch mit besonderer Bewilligung ausgeführt werden. Die Ausfuhr von Textilwaren konnte man als eine entsprechende Zuständigkeit des Reichskommissars in diesem Zeitpunkt allgemein noch nicht verboten werden. Jedoch erklärte sich das Reichswirtschaftsministerium auf die auch hier vom Ministerium des Innern ausgegangene Anregung bereit, die Ausfuhr dieser Textilwaren zunächst für die badisch-schweizerische Grenze zu sperren. Auf Grund dieser Zulage erfolgte schon unterm 18. Oktober die Sperre der Grenze durch den Beauftragten des Reichskommissars auch für Textilwaren; die Verfügung des Reichswirtschaftsministers erging dann in dem am 22. Oktober 1921 erschießen Reichsgesetz.

Durch diese Maßnahmen wurde der beabsichtigte Zweck zunächst erreicht; insbesondere hörte der übermäßige Abfluß der Ware nach der Schweiz auf. Es hätte jedoch den Mangel, daß der Begriff „Gegenstände des täglichen Bedarfs“ nicht fest umgrenzt war, daß durch die Sperre auch solche Waren betroffen wurden, an denen im Inland kein Mangel zu befürchten ist und daß die zugelassene Ausfuhr von Luxuswaren auch weiterhin zu allzumaheligen Preisen erfolgte. Um zu einer entsprechenden Ausgestaltung der Sperre die Grundlagen zu finden, beauftragte vom 27. bis 30. Oktober 1921 der Beauftragte des Reichskommissars, sowie ein Vertreter des Ministeriums des Innern und des Landesfinanzamtes die Städte D r r a c h, W a l d s h u t und K o n s t a n z und verhandelte dort mit den maßgebenden örtlichen Stellen. Auf Grund dieser Verhandlungen wurden zwischen dem Ministerium und dem Reichskommissar folgendes vereinbart:

Die zur Ausfuhr freigegebenen Waren sollten mit einem Frankenausschlag belegt werden, aus dessen Erlös wenigstens ein Teil der Mißbräutchen von der an der Schweizer Grenze gelegenen badischen Städte abgezogen werden. Die von den Städten und vom Einzelhandel erbetene Einreichung von Vorkäufen für die Aufstellung der Sperre verzögerte sich aber sehr lange. In dieser Zeit hatte nun die Stadt Konstanz von sich aus (8. November 1921) im Benehmen mit dem Hauptzollamt eines Ausschlags von 3 Franken pro 100 M. Verkaufswert erhoben und in der Presse den Sachverhalt so darstellen lassen, als ob es sich hierbei um eine Zuständigkeit der Stadtgemeinde handle. Aus diesen Gründen haben der Reichskommissar und das Ministerium des Innern die am 7. Oktober 1921 angeordnete teilweise Grenzsperrung unter dem 11. November 1921 zu einer vollständigen Grenzsperrung umgestaltet. Am 15. Oktober kam dann die jetzt in Kraft befindliche Regelung des Grenzverkehrs und zwar auf folgender Basis zu Stande:

Außer den allgemein zur Ausfuhr verbotenen Waren bleiben im Keinen Grenzverkehr weiterhin verboten: Die Ausfuhr aller Gegenstände des täglichen Bedarfs, aller Lebens- und Genussmittel, ferner die Ausfuhr aller Waren des 5. Abschnittes des Zolltarifs (Textilwaren).

Künftig darf also die Ausfuhr aller hiernach verbotenen Waren im Keinen Grenzverkehr mehr erfolgen:

1. auf Grund von Sonderbewilligungen; Anträge auf Erteilung solcher haben nur bei einer der Marktenwertung entsprechenden Preisstellung Aussicht auf Genehmigung;

2. auf Grund von Sammelbewilligungen unter folgenden Beschränkungen:

a) bei der Ausfuhr auf Grund der Sammelbewilligungen muß die Ware von einem Verkaufszettel begleitet sein, aus

dem der Verkaufspreis und der Auslandszuschlag getrennt zu ersehen ist.

Der Auslandszuschlag beträgt bei allen Waren, mit Ausnahme der Spielwaren, je 3 Franken auf je 100 M. des Verkaufspreises; bei Spielwaren einschließlich Christbaumzweigen je 2 Franken. Der Verkaufspreis wird vom Zollamt an die nächstgelegene Stadtkasse der Städte Konstanz, Waldshut, Säckingen und Lörrach überhandelt. Die Stadtkasse gewährt der Ausfuhrkommission Einsicht in die Verkaufsliste zwecks Nachprüfung und vereinnahmt den Auslandszuschlag von je 3 bzw. 2 Franken, zur Tilgung der Mietschulden der oberbadischen Grenzgemeinden.

b) Von der Ausfuhr auf Grund von Sammelbewilligungen sind diejenigen Waren ausgenommen, die in einer besonderen Spezialliste als solche zusammengestellt sind und die wegen des Inlandsbedarfs zurückgehalten werden müssen und überhaupt nicht ausgeführt werden dürfen. Hierunter fallen u. a. Lebensmittel und alle Gegenstände des Hausbedarfs. Die Liste ist in den Grenzbezirken veröffentlicht worden.

Vorliegende Regelung betrifft nur die Verhältnisse an der badisch-schweizerischen Grenze. Für den Bezirk des Brudenkopfes kehrt eine abweichende Regelung eintrudelt. Hier wurde durch Verfügung des Ministeriums des Innern vom 26. Oktober 1921 bzw. 8. November 1921 der Einhandelsverkehr an Ausländer und die Vermittlung solcher Verkäufe an Ausländer bis zum 1. Dezember 1921 verboten, soweit es sich nicht um die Deckung eines augenblicklichen dringenden Bedarfs handelt. Diese Regelung bezieht sich auf Lebensmittel und Genussmittel, sowie alle anderen Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Die Reichsregierung hat ferner allgemein zur Verhinderung des Ausverkehrs der Lebensmittel von Gegenständen des täglichen Bedarfs durch reisende Ausländer, also auch im Innern des Reichsgebietes, ein allgemeines Ausfuhrverbot für Gegenstände des täglichen Bedarfs durch Reisende erlassen. Die bisherigen Ausfuhrerleichterungen für den Reiseverkehr sind soweit sie diesem Verbot widersprechen, aufgehoben.

Das Ministerium des Innern hat, da hiernach auch Ausfuhr durch Reisende aus dem Innern des Reichs verboten sind, die Polizeibehörden angewiesen, gegen alle Reichsausländer, die sich ohne Einreiseerlaubnis in Deutschland aufhalten, um unsere schlechte Valuta zu Einkäufen oder billigem Leben zu benutzen, aufs schärfste einzuschreiten.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Gäufiger Plenarsitzungen

bedingt die größere Zahl der nunmehr im Landtag vertretenen Parteien. Diese von uns kürzlich für die künftigen Landtagsverhandlungen festgelegte Perspektive wurde bereits bei der letzten Tagung unserer heimischen Parlaments zur Wirklichkeit. Die Erledigung der Besoldungsordnung nahm den verflochtenen Montag nachmittag, sowie fast den vollen Dienstag vormittag in Anspruch, während man im vorigen Landtag sicher mit einer Sitzung auskommen wäre. Am Montag sprachen fünf, am Dienstag drei Redner, entsprechend den 8 im Landtag vertretenen Parteien. Denn es ist klar, daß jede Partei ihren Standpunkt zu einer wichtigen Vorlage präzisieren muß. Dazu ist sie gezwungen durch die allgemeine Notwendigkeit, der Öffentlichkeit kund zu tun, wie sie sich zu dem in Frage kommenden Gesetzentwurf stellt, andererseits ist sie aber auch ihren Parteianhängern gegenüber verpflichtet, die Stellung der Partei zu präzisieren.

Dieser Umstand macht sich natürlich auch bei allen ferneren Plenarsitzungen geltend; er bestätigt unsere oben niedergelegte Darstellung. Es ist zudem ohne weiteres klar, daß die Ansichten von 8 Parteien leichter Gelegenheit zur Diskussion geben, als wenn man es nur, wie im vorigen Landtag, mit 4 Parteien zu tun hat. Das ließ sich in den zwei verflochtenen Sitzungen bereits konstatieren, die Zusage waren häufiger, die Spannung größer, wie früher. Nur der Tatsache, daß die sämtlichen Parteien sich mit je einem Redner begnügten, welcher die Stellung der eigenen Partei zur neuen Besoldungsordnung präzisieren, war es zu danken, daß diese Spannung nicht zur Entladung kam. Dann hätte allerdings auch der Dienstag nicht die Befriedigung der Besoldungs-

Legenden-Abend.

Am Duß- und Betttag hatte Fräulein Adele Creutz nach vom Landestheater zu einem Legendenabend in die Entschachtelung geladen. Es hatte sich aber nur eine ganz kleine Zuhörerschaft eingefunden, was den nicht in Erstaußen steht, der einigermaßen über den Geschmack des großen Publikums Bescheid weiß. Der Entschachtelung, an sich schon ein wenig stimmungsvoller Raum, wirkt mit ein paar zerstreut sitzenden Besuchern erst recht ernüchternd. Man hatte gut daran getan, den Saal in ein mitleidiges Dunkel zu hüllen.

Frl. Creutznach ist eine gute Erzählerin, beginn. Vorleserin. Sie behandelt die Sprache mit Sorgfalt. Sie spricht klar, bestimmt, sicher, mit hellem, wohlklingendem Klang, mit einem etwas singenden Tonfall, der zunächst sympathisch berührt, aber auf die Dauer, weil sie zu wenig moduliert, monoton wirkt. Es kommt hinzu, daß ihre bewußte, kühle Art sich zu geben, die an sich lobenswerte Sachlichkeit, mit der sie dem Stoff gegenübersteht, den Eindruck mangelnder Gefühlswärme erweckt. Der Erzähler stellt sich auf dem Stoff innerlich an tiefsten ergriffen sein, und sei diese Ergriffenheit auch nur durch Mittel der Kunst zur Anschauung gebracht. Frl. Creutznach aber meint, den Stoff durch sich selbst wirken zu lassen, sie bleibt gewissermaßen für ihre Person außerhalb desselben, ist nur Sprachrohr, unbeteiligte Mittlerin. An sich ein sehr ehrlicher Standpunkt, der in einem kleinen Kreis Gebildeter seine Berechtigung haben mag. Vor einem zufällig zusammengewürfeltem Publikum begibt sie sich durch diese referierende Haltung jedoch manch schöner Wirkung.

Der Stil der Legende ist in den alten „Marien“-Legenden und in denen vom heiligen Franz am besten getroffen. Die Modernen haben schon nicht mehr die naive Unbefangenheit, den reinen, kindlichen Glauben. Sie müssen sich erst künstlich in die ihnen wesenfremde Gedankenwelt einfühlen. Zu den schönsten Gaben des Abends darf neben den Marienlegenden die japanische Legende „Die Kame in Tempel des Amida“ gerechnet werden.

Tanzabend Edith von Schrenck.

Edith von Schrenck hat die Tänge, die sie Melodien von Brahms, Bach, Chopin, Grieg, Bachmann, Hoff und Strjabin nachbildet, ganz aus der Natur ihres eigenen Wesens gesucht und gefunden. Ihre Tanzbilder

ordnung gebracht; es mühte noch ein Teil des heutigen Mittwoch in Anspruch genommen werden.

Aber: aufgehoben ist nicht aufgehoben. Das neue Parlament ist der Niederschlag der im badischen Volk vertretenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Anschauungen; sie werden im Landtag zweifellos ihre Auswirkung finden. Wahrscheinlich jedoch erst im Januar, da ihn nur noch die neuen Bezüge der Pensionäre und Beamten-Hinterbliebenen, sonst aber keine größere Vorlage in diesem Jahre mehr beschäftigt.

Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern.

Am Donnerstag, den 17. November fand in Heidelberg unter dem Vorsitz von Handelskammerpräsident René-Mannheim eine Geschäftsitzung der Vereinigung südwestdeutscher Handelskammern statt. Zur Beratung stand die Tagesordnung der Hauptversammlung des Deutschen Industrie- und Handelskongresses. Bezüglich der Zusammensetzung des Vorstandes wurde festgestellt, daß die verschiedenen deutschen Wirtschaftsgebiete sehr ungleich, insbesondere aber die Kammern des südwestdeutschen Wirtschaftsgebietes, sowie des Ostens nicht genügend vertreten sind. Bestimmte Vorschläge deswegen wurden dem Industrie- und Handelskongress gemacht, ebenso ein Vorschlag auf Vertretung der Hotelindustrie im Hauptauschuß vorgelegt. Falls erforderlich, wird eine Vernehmung der Vorstandsmitglieder empfohlen. Ein engeres Zusammenarbeiten des Deutschen Industrie- und Handelskongresses in sozialpolitischen Fragen mit den anderen Spitzenverbänden soll zur Vermeidung von Doppelarbeit angestrebt werden.

Die beabsichtigte Ausgestaltung der Organisation des Industrie- und Handelskongresses soll überhaupt unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß Doppelarbeit und Gegeneinanderarbeit möglichst unterbleibt und daß die Spitzenorganisationen von Handel und Industrie in dieser Art der Zeit ebenso zur einträglichen Arbeit zusammengeführt werden, wie dies bei den Spitzenorganisationen von Handwerk, Landwirtschaft und Arbeitnehmerschaft sowie zahlreicher anderer Berufe längst der Fall ist.

Eingehend erörtert wurde die Frage der Kreditbeschaffung für die Reparationen. Dabei wurde der schweren Sorge für die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens Ausdruck verliehen und auch hier wieder festgestellt, daß die einzige Möglichkeit, einen Ausweg aus unserer verzweifeltsten Lage zu finden, nur in einer gründlichen Umgestaltung des Vertrages von Versailles gefunden werden kann.

Zur Beschlußfassung lagen mit vor von Handelskammerpräsident Dr. Rindemann (früher Klotz) ausgearbeitete Vorschläge zur Abänderung der Vorschriften der Zivilprozessordnung, 10. Buch, über das schiedsrichterliche Verfahren. Zur Prüfung und Berichterstattung der Vorschläge wurde eine Kommission eingesetzt, die sich auch mit der Ausgestaltung des Schiedsrichterswesens überhaupt befassen soll.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Freiburg, 21. Nov. Dieser Tage hielten die Waldbesitzer Badens hier ihre Jahresversammlung ab, die aus allen Teilen des Landes einen starken Besuch aufzuweisen hatte. Unter anderem erfolgte unter der Führung des Oberforstmeisters Pfister-Freiburg eine Besichtigung interessanter Waldpartien des Freiburger Stadtwaldes. Am Samstag fand eine Hauptversammlung im Kornhaus statt. Bürgermeister Lehmann-Billingen leitete als erster Vorsitzender des Verbandes die Verhandlung, die Anwesenden, unter denen sich zahlreiche Ehrengäste befanden, begrüßend. Universitätsprofessor Dr. Weber von der forstwissenschaftlichen Abteilung der Freiburger Universität sprach über die Grundzüge der in Aussicht genommenen Reichsforstgesetzgebung. An den Vortrag schloß sich eine ergiebige Aussprache an. Es wurden verschiedene Wünsche und Anregungen laut, die berücksichtigt werden sollen. Bürgermeister Lehmann berichtete über die forstliche Berufsvertretung in Baden und im Reich. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde ein Antrag angenommen, der eine Erhöhung des Jahresbeitrages von 35 auf 40 Pf. pro Hektar Waldbesitz vorsieht. Der gesamte diesjährige geschäftsführende Ausschuß wurde wiedergewählt; Bürgermeister Lehmann-Billingen bleibt wie bisher Vorsitzender des Verbandes. Schließlich sprach noch Geschäftsführer Fischer über verschiedene Fragen der Waldwirtschaft.

DZ. Stühlingen, 21. Nov. Die Schließung der Grenze brachte auch eine schärfere Kontrolle für die Schmuggler, deren es noch genügend gibt. Vier Schmuggler wurden zur Vorübergehenden

tungen tragen persönliche Gepräge, sind etwas Selbständiges, Eigenes, langweilen nicht durch Reminiszenzen an Tagesgroßen und Berühmtheiten, sind echt und wahr, sind Ausdruck ihrer selbst. Alles, was an ihnen schön oder herrlich, stammt aus ihr, ist Spiegelbild ihrer Person. Und in ihr schwingt viel poetisches Empfinden, ihre Phantasie trägt ihr einen Reichtum von Formen zu, die von einem vornehmen Geschmaack in sichere Bahnen geleitet werden. Ihren geschmeidigen, elastischen Körper hat sie vollkommen in der Gewalt, so daß sie die Fülle ihrer tänzerischen Eingebungen dank des Gelöstseins ihrer Glieder, des Befreitseins ihres Körpers in einer Mannigfaltigkeit charakteristischer Tänze aussprechen kann. Die Bewegung der Arme und Hände ist befeelt, in ihrem Schreiten ist Musik, in ihrem Laufen rhythmische Berbe, im Sprung, im Drehen und Wenden sichere Balance. Edith von Schrenck tanzt aus der Schönheit einer heiteren Seele heraus; diese Stimmung gibt ihren Bewegungen ein frohliches Beifreies, macht ihren Maler zum beschwingten Flug, ihre Magaria zum jubelnden Aufschwung, gehoben durch locker fliehende Gewänder. In ihren Tanzdichtungen ist natürlich viel Fantomisches, auf dem Wege der Überlegung Gefundenes, aber auch hier kommt doch immer wieder die gesunde Natürlichkeit ihres Naturells, der glückliche Sinn für feinen Humor, ihre Temperament und ihre gut beherrschte Redenshaftigkeit zum Durchbruch wie in den Präludien, in Polichinelle oder im Kempellanz. Der lebhafteste Beifall war in jeder Hinsicht verdient.

Landestheater. Die Woche vom 21. bis 27. November bringt im Schauspiel am Donnerstag 24. November, die erste Wiederholung von Shakespeares „Kaufmann von Venedig“. In dieser Vorstellung nimmt, wie die Theateranzeige mittel, die Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes mit den Nummern 2101-2400 und Samstag, den 26. November, an der vierten Aufführung von Goethes „Ursula“ mit den Nummern 2801-3250 teil. — Im Konzerthaus wird am Sonntag, den 27. November der jugendliche Schwant „Wolfsfelder“ von Max Reimann und Otto Schwarz zum fünften Mal aufgeführt. — In Vorbereitung befindet sich das Schauspiel „Mausch“ von August Strindberg, das im Rahmen des Kammertheaters-Plusses diese Woche aufgeführt werden und nach „Mit dem Feuer spielen“, „Schwanenweiß“ und „Gespensertiergarten“ das fünfte, hier gegebene Werk des arden Schwedischen Dichters sein wird.

Bewachung hierher gebracht, um am folgenden Tag der Staatsanwaltschaft in Waldshut vorgeführt zu werden. Einer der Festgenommenen wollte einen kompletten Flug über die Grenze bringen, wozu er das fast gänzlich aufgetrocknete Netz der Witach als Übergang benutzen wollte. Mitten in der Witach wurde er festgenommen. Die anderen suchten Damenuhren, einen neuen Mantel usw. zu schmuggeln.

Aus der Landeshauptstadt.

Der Karlsruher Bezirksverein deutscher Ingenieure veranstaltete am verflochtenen Sonntag eine Besichtigung der im Landesgewerbeamt eingerichteten technologischen Sammlungen und Ausstellungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk, wozu sich Herr Regierungsrat Bucerius vom Landesgewerbeamt als sachkundiger Führer zur Verfügung gestellt hatte. In seinem einleitenden Vortrag über die Entstehungsgeschichte der jetzt zur ständigen Einrichtung gewordenen Ausstellung betonte er die wichtige Notwendigkeit vor allem für das Handwerk und Kleingewerbebetriebe, sich in der heutigen Zeit mehr denn je darauf einzustellen, durch Zeit-, Kraft- und Kostenersparnis im wirtschaftlichen Kampf die ihnen gebührende Stellung zu behaupten. Nur durch richtige Auswahl der Hilfsmittel und durch eine auf das Erkennen der Wirkungsweise jedes Arbeitsvorganges gerichtete, seine Mängel und Vorteile erkennende Betriebsführung wird dieses Ziel erreicht werden können. An den zahlreichen ausgezeichneten Modellen und wirkungsvollen Vergleichen wird nun dem Besucher der Ausstellung in allgemeinverständlicher Weise gezeigt, wie ein rationeller Betrieb geführt werden kann und soll, wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse vor Augen geführt, die die Vorteile eines tieferen Eindringens in die Materie für die Praxis zeigen.

Die Ausstellung behandelt neben anderen Gegenständen insbesondere die wichtigen Fachgebiete der Raumheizung durch Ofen und Holzbearbeitung. Von der populärwissenschaftlich gehaltenen Darstellung der Vorgänge bei der Wärmeerzeugung und Wärmeabgabe ausgehend, die mit zahlreichen Versuchsergebnissen und Vorrichtungen anschaulich im Betriebe vorgeführt werden können, werden die mannigfachen Arten der Ofen (eiserne Ofen, Kachelöfen, Zentralheizungen) im Querschnitt an normalen Gebrauchsofen gezeigt und die Wirtschaftlichkeit und Geeignetheit der einzelnen Typen zum Ausdruck und Vergleich gebracht. Nicht minder interessant und lehrreich ist das Gebiet der Holzbearbeitung behandelt und mit wertvollen Beiträgen zur Verbesserung der bei manchen Betrieben noch veralteten Arbeitsmethode ausgestattet. Nicht allein die Maschinen und Werkzeuge selbst erfahren hier eine kritische Untersuchung und Herausheben der für die Praxis wirtschaftlichsten Anwendungsform. Auch dem Verarbeitungsmaterial selbst wird ein breiter Raum zur Kennlichmachung seiner Eigenschaften und seines Verhaltens beim Bearbeiten gewidmet.

Ein weiteres Arbeitsgebiet der Ausstellung ist in der gleichfalls mit zahlreichen Modellen und Versuchsergebnissen ausgestatteten Sammlung des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk vorgeführt, die von der Erzeugung bis zur Verwendung und Abfallverwertung alle Phasen vor Augen führt und stets dabei das Grundprinzip im Auge behält, das kann mit geringstem oder noch geringerem Aufwand als bisher sowohl an Material als auch an Energie (sei es menschliche Arbeitskraft, sei es maschinelle Betriebsform) eine möglichst große und vollkommene Leistung erzielt werden. Von der 14stündigen Besichtigung waren die anwesenden Besucher überaus befriedigt, bei den meisten wird die Absicht zur öfteren Besichtigung der Sammlungen sicherlich feste Wurzeln geschlagen haben, um durch wiederholten Besuch die mannigfachen, lehrreichen Anregungen des Dargebotenen reiflich in sich aufzunehmen.

Werber für die Fremdenlegion. Am 15. November konnte ein 25 Jahre alter Hilfsarbeiter in der Vorhalle des Hauptbahnhofes dahier erwischt werden, als er junge Leute unter dem Vorwand sich zum amerikanischen Militär zu melden, verleiten wollte, sich ihm anzuschließen. Er wurde wegen Vergehen gegen § 141 StGB festgenommen.

Badische Gemeindegewalt.

DZ. Mannheim, 21. Nov. Das hiesige Standesamt kostet der Stadt jährlich circa 300 000 Mark. Die Stadt sieht sich dadurch veranlaßt, das Standesamt nicht mehr wie bisher umsonst arbeiten zu lassen. Es sollen in nächster Zeit Gebühren eingeführt werden und zwar für Geburten 5 M., für Eheschließungen 50 M., die Befreiung vom Aufgebot soll kosten 10-300 Mark usw. Der Verleher im Standesamt war in der letzten Zeit, insbesondere was Trauungen anbelangt, ein außerordentlich lebhafter. Es gab oft 50-80 Trauungen an einem Tage, so daß das Standesamt häufig schon um 6 Uhr früh den Betrieb eröffnen mußte, um das vorliegende Material erledigen zu können.

DZ. Mühlheim, 19. Nov. Am kommenden Samstag findet im Rathausaal hier eine Sitzung des Ausschusses des badischen Städtebundes (Verband mittlerer Städte) statt, zu welcher die Bürgermeister aus allen Landesteilen erscheinen werden.

DZ. Konstanz, 20. Nov. In der letzten Bürgerauschussitzung, in der anstelle des zurückgetretenen Obmannes, Oberinspektors Reimann, der Stadtverordnete Kaufmann Elgast in dessen Nachfolge gewählt wurde, wurde ein Antrag behandelt, einen Vertreter der freireligiösen Gemeinde von Geseles wegen in den Schulausschuß zu beordern. Das Zentrum beantragte Zurückziehung des Antrages, weil er nicht im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen stehe. Die Vertreter der Sozialdemokraten widersprachen dem, und der Stadtrat zog die Vorlage zurück. Bei dem Verlaufe des Stadtrates, durch Abänderung des Antrages doch den freireligiösen entgegenzukommen, verließen die Sozialdemokraten bis auf einen Vertreter den Saal. Auf Antrag des Zentrums wurden daher die anderen Vorlagen von der Tagesordnung abgesetzt, zumal auch der letzte sozialdemokratische Vertreter sich entfernte. Man wollte damit vermeiden, daß die wichtigen Vorlagen über die Strompreiserhöhung usw. in Abwesenheit der Sozialdemokraten verhandelt würden. Die nächste Sitzung wurde auf Montag anberaumt.

Verschiedenes.

* Ein furchtbares Kinounglück ereignete sich am Totensonntag nachmittags halb 4 Uhr in Garburg. Wahrscheinlich infolge von Kurzschluß entstand im „Belitino“, Inhaber Rischweiger, ein Feuer während der Vorstellung, die von etwa 250 bis 300 Personen, in der Hauptkategorie Kindern, besucht war. Es entstand eine Panik, durch die 25 bis 30 mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Ein Kinder sind infolge der Rauchentwicklung erstickt. Zahlreiche Kinder, die infolge der Gasentwicklung und des Rauches ohnmächtig geworden waren, konnten durch Anwendung des Sauerstoffapparates ins Leben zurückgerufen werden.

Staatsanzeiger.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt: Verwaltungsaktuar Heinrich Bussmer beim Bezirksamt Mannheim zum Verwaltungsoberssekretär, Heizer Ludwig Schmidt beim Bezirksamt Karlsruhe zum Maschinisten.

Zurückgesetzt: Revisionsinspektor August Schmidt von Stodach zum Bezirksamt Emmendingen.

Zurückgesetzt: Revisionsoberinspektor Kar. Bussmer beim Landeskommissariat in Mannheim auf Ansuchen.

Justizministerium.

Ernannt: Fabrikant Eugen Jans in Offenburg zum Handelsrichter und Fabrikant Wilhelm Schell jr. in Offenburg zum Handelsrichterstellvertreter bei der Kammer für Handelsachen beim Landgericht Offenburg, Staatsanwalt Dr. Gustav Häppler in Mosbach zum Amtsrichter daselbst, die Gerichtsassessoren Dr. Theodor Verrel zum Staatsanwalt beim Landgericht Mosbach und Heinrich Karlowa zum Staatsanwalt beim Landgericht Mannheim, Justizsekretär Rudolf Wieber beim Amtsgericht Freiburg zum Justizobersekretär, die Kanzleiaffizienten Emil Dauwalter beim Notariat Altheim und Erwin Bühler beim Notariat Graben zu Justizassistenten, die Kanzleigehilfen Johann Bartisch beim Amtsgericht Konstanz und Friedrich Metzel beim Landgericht Karlsruhe zu Kanzleiaffizienten.

Zurückgesetzt auf Antrag: Hausmeister Wilhelm End beim Amtsgericht Bruchsal. Entlassen auf Antrag: Die Aufseherin Helene Wittenmann bei der Landesstrafanstalt Bruchsal.

Entlassen auf Antrag: Direktor Heinrich Knecht in Mannheim von seinem Amt als Handelsrichter beim Landgericht Mannheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt: Diplom-Ingenieur Wilhelm Spannhake in München mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts zum ordentlichen Professor für Wasserkräftmaschinen und Maschinenzeichnen an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Gewerbelehrer Rudolf Frey in Emmendingen zum Direktor an der Gewerbeschule daselbst, Gewerbelehrerandant Karl Emsmann von Rürich zum Gewerbelehrer an der Gewerbeschule in Emmendingen, Gewerbelehrerandant Otto Kleinbusch von Wolfach zum Gewerbelehrer an der Gewerbeschule in Mannheim, Kanzleigehilfin Frau Emma Krahmüller, Witwe, beim Ministerium des Kultus und Unterrichts zur Kanzlistin daselbst.

Hausmeister Rudolf Maier an der Universität Heidelberg zum Oberpedellen daselbst, der außerplanmäßige Amtsgehilfe Martin Häusler bei der Universität Heidelberg zum planmäßigen Amtsgehilfen daselbst.

Zurückgesetzt: Gewerbelehrer Karl Haungs von der Gewerbeschule in Engen — unter Zurücknahme seiner Versetzung an die Gewerbeschule Konstanz — an jene in Heidelberg.

Entlassen: Ordentlicher Professor für Mathematik an der Universität Heidelberg Dr. Friedrich Pfeiffer auf 1. April 1922 auf Ansuchen.

Kath. kirchl. Vermögensverwaltung.

Ernannt: Finanzoberssekretär Maximilian Dötsch beim katholischen Oberstiftungsamt zum Finanzinspektor daselbst, Finanzoberssekretär Gustav Eberhard bei der katholischen Stiftungsverwaltung in Karlsruhe zum Finanzinspektor daselbst.

Kath. Kultus.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Niederrhein, Dekanats Friedberg, ernannte Pfarrer Josef Wehler, seither Pfarrer in Rembach, wurde am 16. Oktober d. J. kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die Pfarrei Waldmühlbach, Dekanats Mosbach, ernannte Pfarrer Karl Breunig, seither Pfarrer in Rembach, wurde am 18. Oktober d. J. kirchlich eingesetzt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof zum Pfarrer von Breuden, Dekanats Waldshut, ernannte Pfarrer Emil Rombach, seither Pfarrer in Rembach, wurde am 23. Oktober d. J. kirchlich eingesetzt.

Evang. Kirchenregierung.

Die Evangelische Kirchenregierung hat den von der Kirchengemeinde Efringen gemählten Pfarrer Hermann Greiner in Stebbach als Pfarrer in Efringen bestätigt.

Arbeitsministerium.

Wasser- und Straßenbaudirektion.

Ernannt: zu Oberbauärzten: die Bauärzte Karl Ritteratschky, Hermann Bürgelin, Karl Spieß;

zum Oberregierungsrat: Baurat Ludwig Stus;

zu Vermessungsärzten: Vermessungsinspektor Gustav Morlock und die Obergeometer Ernst Breunin, Wilhelm Bauer, Wilhelm Hofmann;

zu Oberrechnungsärzten: der Rechnungsinspektor Hans Müller und Revisionsinspektor Leopold Schmitt;

zu Revisionsoberinspektoren: Oberrevisor Eduard Teubner und Oberrechnungssekretär Heinrich Haydt;

zu Verwaltungsoberinspektoren: Oberbaufachsekretär Johannes Bauff, Kanzleirat Gustav Flach, die Oberverwaltungssekretäre Philipp Schaaf, Franz Schweinfurt und Oberbaufachsekretär Wilhelm Weiler, sämtliche bei der Wasser- und Straßenbaudirektion,

zu Bauoberinspektoren: die Oberbaufachsekretäre Josef Ammann in Mannheim, Karl Krauber und Oswald Seiter bei der Wasser- und Straßenbaudirektion, Martin Viehr in Stodach, Theodor Kräftig in Karlsruhe, Josef Krieg in Lörrach, Wilhelm Obergfell in Donaueschingen, Gottlieb Schönte in Emmendingen, Gustav Stengler in Freiburg, Andreas Weiser in Heidelberg;

zum Obertopographen: Topograph Friedrich Beller bei der Wasser- und Straßenbaudirektion;

zu Bauinspektoren: die Oberbaufachsekretäre Oswald Heim in Lörrach, Franz Imm in Karlsruhe, Konrad Klenker in Emmendingen;

zum Bauinspektoren: Dammeister Friedrich Steibing in Wormberg;

zum Dammeister: Brückenmeister Ludwig Bertsch beim Wasser- und Straßenbauamt Rastatt,

zu Verwaltungsfachsekretären: die Verwaltungsfachassistenten Hermann Krusehoff beim Wasser- und Straßenbauamt Rastatt, Karl Breucker bei der Wasser- und Straßenbaudirektion und Stefan Weith beim Bauamt für das Murgwerk in Forbach.

Ministerium der Finanzen.

Eisenbahn-Generaldirektion.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den Eisenbahningenieur Ernst Gummel von der Eisenbahndirektion Altona übernommen.

Zurückgesetzt: Lokomotivführer Otto Bug in Eppingen nach Heidelberg.

Alteisen, Altpapier Lumpen, Metalle und gebr. Säcke Kerzner, Alpern, Weißmann & Co. kauft zu den höchsten Tagespreisen. Beierthimer Allee 8 - Telefon 301

Bappel- und Baumweidenverkauf. Das Forstamt Philippsburg (Baden) verkauft vor der Fällung freihändig aus den Staatswaldungen „Ruffheimer- und Philippsburger Altrhein“ und „Speyerer Grün“ 40 Fm. Kanad. Bappel, 320 Fm. Pyr.-Bappel und 520 Fm. Baumweiden in 9 Losen. Roserzeichnisse und nähere Auskunft durch das Forstamt, bei welchem schriftliche Angebote bis zum Donnerstag, den 1. Dezember vormittags eingereicht werden wollen.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden. Bruchsal, 14. Nov. 1921. Bruchsal, 14. Nov. 1921. Bruchsal, 14. Nov. 1921. Bruchsal, 14. Nov. 1921. Bruchsal, 14. Nov. 1921.

Badisches Landestheater. Donnerstag, 24. Nov. 7 bis gegen 10 Uhr. Mk. 17.00 (Theater-Gemeinde B.V.B. Nr. 2101-2400.) Der Kaufmann von Venedig.

Verf. Bekanntmachungen Die Belegung des Kreisbezirks Bretten II betr. Der Kreisbezirk II im Amtsbezirk Bretten, umfassend die Gemeinden Bahnbrüden, Bauerbach, Büchig, Flehingen, Gochsheim, Kirnbach, Krenzlingen, Münzesheim, Neibshelm, Oberader, Sidingen und Zaisenbäumen mit dem Wohnsitz des Kammermeisters in Flehingen ist in Erledigung gekommen. Bewerber um diese Stelle werden eingeladen, ihre Bewerbungen unter Anschlag der in § 3 der Kammerverordnung bezeichneten Besetze innerhalb 14 Tagen bei uns einzureichen. Bretten, 21. Nov. 1921. Bad. Bezirksamt 3 839

MÖBEL-HAUS 8.511 Ausstellung: Ecke Kaiser- und Douglasstraße (Hauptpost) Günstige Kaufgelegenheit für Einzel-Möbel und Zimmer-Einrichtungen Besichtigen Sie unsere Ausstellung und urteilen Sie! Auf Wunsch erleichterte Zahlungsbedingungen. Hauptgeschäft: Philippstr. 19 GEBRÜDER KARRER

Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft. Bad. Linien. (Tarifverz. 188 a.) Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde tritt am 1. Dezember l. J. Nachtrag II zum Vinentarif für den Personen-, Gepäck-, Tier-, Express- und Güterverkehr in Kraft, der eine Erhöhung der Fahrgebühren, Fracht- und Gebührensätze enthält. Die Abweichung von § 6 (5) E.-V.-D. ist genehmigt. Darmstadt, 22. Nov. 1921. A.790 Die Direktion.

Forstland- u. Kistenholzverkauf. Das Forstamt Philippsburg verkauft freihändig unter den üblichen Bedingungen aus Domänenwald H. Luffhardt und Molgau in diesem Winter anfallende 500 Ster forstliches Daub- und Kistenholz (Kollholz) von 14-20 cm Kopfstärke in einem Lose untertründet. Schriftliche Angebote pro Ster wollen bis zum 30. November d. J. beim Forstamt eingereicht werden. Näheres durch das Forstamt. 3.840

Französisch Häuser (System Ritter) Erfolg verbürgt Auslandspraxis H. K. Ritter behördl. zugel. Sprachlehr. Körnerstraße 30 (Probstunden). 8568a

Mannheim-Weinheim-Heidelberg-Mannheimer Eisenbahn. Wie bei der Reichsbahn treten auch bei der Mannheim-Weinheim-Heidelberg-Mannheimer Nebenbahn zum 1. Dezember 1921 im Personen-, Gepäck-, Güter- und Tierverkehr Tarifveränderungen in Kraft. Näheres bei den Dienststellen. A.791 Rheinische Eisenbahngesellschaft Aktiengesellschaft. Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft. Bad. Linien. (Tarifverz. 188 a.) Vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde tritt am 1. Dezember l. J. Nachtrag II zum Vinentarif für den Personen-, Gepäck-, Tier-, Express- und Güterverkehr in Kraft, der eine Erhöhung der Fahrgebühren, Fracht- und Gebührensätze enthält. Die Abweichung von § 6 (5) E.-V.-D. ist genehmigt. Darmstadt, 22. Nov. 1921. A.790 Die Direktion.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden. Bruchsal, 14. Nov. 1921. Bruchsal, 14. Nov. 1921. Bruchsal, 14. Nov. 1921. Bruchsal, 14. Nov. 1921. Bruchsal, 14. Nov. 1921.